

Erscheint
an allen Werktagen.
Bezugspreis
ab 1. 10. 21: monatlich 20.—
in der Geschäftsstelle 150.—
in den Ausgabestellen 160.—
durch Zeitungsboten 170.—
am Postamt . . . 165.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.
Vertreter: 4246, 2273
3110, 3249.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czecowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 25.— M.
im Reklameteil 75.— M.
Für Aufträge aus
Deutschland . . . 350 M.
im Reklameteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Poznaner Tageblatt

Ponikowskis Programm.

Am Sonnabend begann der neue polnische Ministerpräsident mit den Sejmfraktionen zu beraten und ihnen gegenüber das Programm seines künftigen Kabinetts festzulegen. Aus dem Berichte der polnischen Presse ergibt sich folgendes Bild dieses Programms: Das neue Kabinett wird eine ausgesprochene Friedenspolitik treiben, deren Grundlage das Bündnis mit Frankreich und gute Beziehungen zu den anderen Verbandsmächten sein sollen. Es soll alles vermieden werden, was die gute Meinung des Auslands über Politik beeinträchtigen könnte. Die Einzelheiten der künftigen Auslandspolitik, soweit sie jetzt schon schwebende Fragen, vor allem die Wilnaer Frage, betreffen, können erst nach Verständigung des neuen Ministerpräsidenten mit dem künftigen Auslandminister formuliert werden. Ponikowski ist unbedingt für die Vereinigung Wilnas mit Polen, will jedoch nach Möglichkeit friedliche Beziehungen zu Litauen und zu Russland herstellen und aufrechterhalten. Was die innere Politik betrifft, so tritt der neue Ministerpräsident für einen energischen Kampf gegen die Anarchie ein und für völlige Unparteilichkeit der Regierung, zumal bei den bevorstehenden Wahlen. Der Zeitpunkt der neuen Wahlen soll bis Januar festgelegt werden. Dem östlichen Grenzgebiet und Pommern soll besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden; in beiden Gebieten sind Übergriffe der Verwaltungsbüroden vorgekommen.

Bei Besprechung der Finanzfragen erklärte Ponikowski, er halte die energische Einziehung der Steuern von allen Schichten der Bevölkerung ohne Rücksicht auf irgend welche Nebenumstände für unbedingt erforderlich. Über Einzelheiten der künftigen Finanzpolitik will er sich erst nach Verständigung mit dem künftigen Finanzminister aussprechen.

Ponikowski steht auf dem Boden des Agrarreformgesetzes und tritt für eine vorsichtige Ausstellung unter Aufsicht der Regierung, besonders in den Ostgrenzgebieten, ein.

In einer Unterredung mit Vertretern der Presse erklärte der Ministerpräsident Ponikowski: „Ich habe mich bereit erklärt, die schwere Mission auf mich zu nehmen, weil mir gesagt wurde, daß keiner der bisherigen Vorschläge für die Neubildung des Kabinetts sich als verwirrlöslich erwiesen hätte. Ich habe jedoch ausdrücklich erklärt, daß ich die Neubildung nur übernehme, wenn keine einzige der Sejmfraktionen sich gegen mich ausspricht. Ferner habe ich betont, daß ich mich nicht dazu hergeben würde, ein Beamtenkabinett zu bilden, das unter Verzicht auf ein eigenes politisches Programm sich auf Erledigung der laufenden Angelegenheiten beschränken würde. Ich will eine unparteiliche Regierung bilden, die, wenn sie sich auch nicht auf eine dauernde Mehrheit stützen kann, doch für die einzelnen Fragen von Fall zu Fall eine Mehrheit im Sejm findet. Ich habe eine Reihe von Männern in Aussicht, die um ihren Eintritt in die neue Regierung bitten will, wobei ich mich nicht von irgendwelchen Parteifragen leiten lassen und nach der Zugehörigkeit der betreffenden Männer zu der oder jener Partei nicht fragen werde; die meisten von ihnen gehören überhaupt keiner Partei an. Für mich kommt es nur darauf an, inwiefern sich die in Aussicht genommenen Männer sachlich für den betreffenden Posten eignen und inwiefern sie imstande sind, energetisch den gestellten Zielen zuzustreben.“

Das Verhalten der Parteien.

Im Laufe der Beratungen des neuen Ministerpräsidenten mit den Sejmfraktionen wurden auch von diesen letzteren ihre Wünsche und im Zusammenhang damit ihr künftiges Verhalten einem Kabinett Ponikowski gegenüber zum Ausdruck gebracht. Im Namen der Linken sprachen der Sozialdemokrat Barlicki, der auf die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei im Altesterausschuß des Sejm hinweist, und Abg. Chodzinski als Vertreter der Nationalen Arbeiterpartei, der auf die Notwendigkeit der Belebung der Teuerung hinweist und von der neuen Regierung verlangt, daß sie nicht die Wege der vorigen Regierung einschläge. Abg. Woźnicki verlangte im Namen der Wyzwoleniegruppe gehörige Berücksichtigung der Schulfrage. Die Vertreter der Christlichen Demokratie, Gaerneński und Górecki, behielten sich ihre Stellungnahme vor und wollten erst Einzelheiten des Programms hören. Ein Vertreter der katholischen Geistlichkeit verlangte sofortige Auflösung des Sejm, nachdrückliche Unterstützung der katholischen Kirche und Aufhebung des freien Handels.

Ponikowskis Kabinett.

Nach Warschauer Meldungen bisheriger polnischer Blätter hat der neue Ministerpräsident den bisherigen Außenminister Skirmunt gebeten, sein Portefeuille beizubehalten. Für die Besetzung des Postens des Finanzministers kommen in erster Linie in Betracht der Direktor der Lemberger Industriebank Martin Szarski und der frühere Minister für Handel und Industrie Bzianowski. Das Postministerium wird wahrscheinlich der bisherige Minister Stasiowicz beibehalten. Wegen Übernahme des Innensenministeriums soll eine Anfrage an Raczkiewicz ergangen sein, das Arbeitsministerium wurde dem Direktor der Firma „Sila i Światło“ Tadeusz Sułkowski angeboten, das Kriegsministerium dem General Siliński, das Eisenbahnaministerium dem Direktor der Eisenbahndirektion Pojen Dobrzański, das Ministerium des ehemals preußischen Teilegebietes Bernard Chrzanowski, das Justizministerium Stanisław Bulewski, das Arbeitsministerium – Daronski, das Landwirtschaftsministerium dem früheren Minister Raczkiewicz. Das Universitätsministerium wird möglicherweise der Ministerpräsident selbst übernehmen. Eine andere Meldung nannte Lopušński als künftigen Unterrichtsminister.

Möglicherweise werden auch der Minister des ehemals preußischen Teilegebietes Trzciński und der Gesundheitsminister Dr. Chodzko auf ihren Posten bleiben. Als Finanzminister wird auch Dr. Mirowski genannt.

Stimmen der Presse.

Der „Kurjer Poznański“ schreibt: „Es wäre zu wünschen, daß die schwere Aufgabe Ponikowskis von Erfolg gekrönt würde. Es kann auf die Unterstützung aller derer rechnen, die die Beendigung der Krisen herwünschen, die immer wieder unsern Staat erschüttern.“

„Dziennik Poznański“: „Wir wissen nicht, was für Minister Herr Ponikowski sich ausfüllen wird. Seine ernste Verantwortlichkeit und sein Charakter lassen annehmen, daß er sich bei der Wahl seiner Mitarbeiter lediglich von ihrem Wert wird leiten lassen. Um erwünschten wäre es, wenn nur solche Männer in die Regierung aufzunehmen könnten, die in

unserm städtischen Parteileben noch in keiner Weise belastet dasjenen. Es ist klar, daß das neue Kabinett bei der Lösung der großen innerpolitischen Fragen auf große Schwierigkeiten stoßen wird: man denkt nur an die Wahlordnung. Auch die außenpolitischen Fragen werden ihm manche Schwierigkeit bereiten, vor allem Wilna und Oberschlesien. Der neue Ministerpräsident kann sich nicht für ein Werkzeug eines Sejm halten, der unfähig ist, eine klare und bestimmte Politik zu führen. Als Leiter eines unparteilichen Kabinetts ist der neue Ministerpräsident unabhängig von dem Chaos der Parteien. Er muß seinen eigenen politischen Weg — nach Möglichkeit eine Mittelstraße — gehen. Hier kann er sich schöpferisch zeigen. Nichts wäre schädlicher als die Vertagung der wichtigen Aufgaben bis zum Zusammentritt eines neuen, besseren — wirklich: besseren? — Sejm. Nicht alle Aufgaben lassen sich vertagen, und das neue Kabinett kann sich nicht auf die Erledigung der laufenden Angelegenheiten beschränken. Die neue Regierung muß, ohne nach links und nach rechts zu blößen, eine Regierung der starken Hand sein. Wie die einzelnen Parteien sich einer solchen Regierung gegenüber verhalten werden, das wird ein Prüfstein für die Parteien selbst sein. Jede Partei, die die Parteien an der neuen Regierung überwinden wird, wird von den Kreisen, die nicht parteilich verbündet sind, genau geprüft werden, und wenn sie sich als Aufhebung und Vergiftung der Volksstimme erweisen sollte, dann wird sie streng verurteilt werden, denn die Geduld des Volkes ist durch den zu schöpferischer Arbeit unfähigen Parteifanatismus erschöpft.“

Die „Naszionalpolitisca“ nimmt dem neuen Ministerpräsidenten gegenüber eine ablehnende Haltung ein und rät ihm zum Verzicht, da er sich nicht auf eine Mehrheit der Parteien stützen kann.

Die „Gazeta Poznańska“ schreibt: „Die Beendigung der Kabinettsskrise hat im Grunde nichts geändert. An die Stelle von Witos ist Ponikowski getreten, aber Geist und Zeitbleiben dieselben. Nur das äußere Schild ist neu bemalt. Die neue Regierung wird denselben Weg gehen wie ihre Vorgängerin und wird nicht die Kraft haben, das Staats Schiff in ein neues Fahrwasser zu lenken. Die neue Regierung wird noch mehr als die frühere abhängig sein von Einfüssen, die von außerhalb des Sejm — d. h. aus dem Weltderecpalais — kommen.“

Soweit sich bis jetzt überleben läßt, ist der „Kurjer Poznański“ (Organ der früheren Aktivisten) so ziemlich die einzige polnische Zeitung, die die Ernennung Ponikowskis zum Ministerpräsidenten mit Zufriedenheit begrüßt. Das Blatt schreibt: „Das Kabinett Ponikowski wird eine neue glückliche Ära in der Innenpolitik bedeuten. Von dieser Politik wird unsere Stellung abhängen und das Schicksal der Probleme, vor deren Lösung wir jetzt stehen.“

Oberschlesien.

Verbot der Einreise nach Oberschlesien.

Berlin, 17. September. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Katowitz: Die Interalliierte Kommission erließ ein Einreiseverbot für Personen, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Auch die Ausreiseerlaubnis wird nur in Ausnahmefällen erteilt. Einreiseanträge reichsdeutscher Vertreter größerer Tageszeitungen wurden abschlägig bezeichnet wegen angeblich unwahrer Greuelmeldungen aus Oberschlesien.

Kohlenpreise.

Beuthen, 19. September. (PAT) Am Mittwoch wurden die Verhandlungen zwischen den oberschlesischen Industriellen und dem Arbeiterberufsverband beendet. Es wurde eine Verständigung erzielt. Die Lohnerschöpfung wird vom 1. Oktober verpflichtet. Als Folge der Verständigung über die Bahnangelegenheit wird eine Erhöhung der Kohlenpreise mit Beginn vom 15. d. Mts. um 300 Mark für die Tonne eintreten.

Vom Völkerbund.

Nene Kritik.

Der „Chicago Tribune“ wird von einem Berichterstatter aus Genf geschrieben:

„Obgleich der Völkerbund nicht offiziell als tot erklärt wurde, was man im vorigen Jahr prophezeite, so ist er doch eine bewegungslose Attrappe geworden, die durch künstliche Mittel am Leben erhalten wird. Der Bund existiert nur noch verponde des Berliner Vertrages, der Toleranz der Großmächte und der unermüdlichen Anstrengungen des Sekretariats. Der Versailler Vertrag garantiert dem Völkerbund eine Lebensdauer von 30 Jahren für die Verwaltung des Saargebiets und für die Kontrolle von Danzig. In Wirklichkeit handhaben die Alliierten diese Probleme, aber der Völkerbund bezeichnet heute das Saargebiet und Danzig als seine größten Erfolge.“

Öffentlichkeit der Verhandlungen.

Genf, 18. September. (PAT) Auf den Vorschlag Robert Cecils nahm der Völkerbund den Antrag an, daß die Beratungen und Entscheidungen des Völkerbundes in der Öffentlichkeit stattfinden. Nach der Wahl des 4. Mitgliedes zum internationalen Gerichtshof wies der Vorsitzende der Liga Narnebeek auf die moralische und politische Bedeutung der Liga und die großen Hoffnungen hin, die der neuerrichtete Gerichtshof weckt. Die Plenarsitzungen wurden bis zur Niederschrift des Protolls vertagt.

Die ostgalizische Frage.

Genf, 19. September. De Herdt, der Delegierte Kanadas, brachte im Präsidium der Sitzung folgenden Antrag ein: Die Sitzung des Völkerbundes äußert den Wunsch, daß der Völkerbundsrat den Obersten Rat auf die Notwendigkeit aufmerksam machen solle, in nächster Zeit die Angelegenheit Ostgalizien zu regeln. Auf den Vorschlag des Präsidenten sandte die Versammlung diesen Antrag an die Kommission d'initiative.

Die Sanctionsfrage.

London, 19. September. (PAT) Reuter erfährt, daß zwischen den Regierungen in London und Paris weitere Verhandlungen über eine ex. Aushebung der wirtschaftlichen Sanktionen, die Deutschland auferlegt wurden, geführt werden. Es besteht die Hoffnung, daß nach der Beisetzung einiger Punkte diese Verhandlungen ein günstiges Ergebnis haben werden.

Berlin, 19. September. (Tel.-U.) In einer halbamtl. Ausschau erklärt die Reichsregierung, daß sie in der Mitteilung des Obersten Rates vom 15. August festgelegten Voraussetzungen für die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen am 15. September erfüllt hat. Die schweren wirtschaftlichen Folgen, die die weitere Aufrechterhaltung der Sanktionen, namentlich für das besetzte Gebiet zur Folge hat, können nicht der deutschen Regierung zur Last gelegt werden, sie müssen von allen alliierten Regierungen verantwortet werden.

Frankreichs Isolierung.

Im „Journal“ schreibt der Abgeordnete Dutrey über die gegenwärtige Lage Frankreichs:

„Es wäre kindisch, die allgemeine Tendenz zu verheimlichen, die darauf hinausgeht, mehr und mehr die Entente cordiale aufzulösen, vor der, um die Wahrheit zu sagen, nur noch die Erinnerung übrig bleibt. Die öffentliche Meinung ahnt nur dunkel, daß Frankreich durch unsichbare, aber feste Bände behindert ist, deren Fäden von den früheren Alliierten und Assoziierten in der Hand gehalten werden, Fäden, denen es jeden Augenblick auf seinem Wege begegnet und die es stets auf seinem Wege behindern, mag es in Afrika oder im Oberschlesien oder auch im Stillen Ozean sein.“

Frankreich findet England überall vor sich oder neben sich, wenn nicht gar in offener Feindschaft.

Verschiedene amerikanische Staaten stehen gegen Frankreich. Die Vereinigten Staaten lehnen es ab, die französische Politik zu unterstützen, während sie die Monroe-Doktrin wieder aufstellen und dabei den Dollarfuß auf einer Höhe halten, der uns ruiniert. Spanien, für das Marokko das sein wird, was Mexiko für die napoleonische Herrschaft in Frankreich war, macht uns für sein Unglück verantwortlich und heißt uns in der Masse der Ausdehnung seines Unglücks.

Italien ist mehr als reserviert und fragt sich, ob es in Ostafrika nicht einmal das Gegenstück zu Spanien sein wird.

Deutschland ist schließlich unter der schwindelhaften Maske einer Republik in monarchischer Form von brausenden Nachgelüsten erfüllt und ganz und gar bereit, wieder einmal seine Unterschrift zu verleugnen, um nicht einen Vertrag auszuführen, von dem uns unsere Alliierten selber täglich ein wenig abrücken.

Das ist die gegenwärtige Lage von dem internationalem Gesichtspunkte aus.

Im Innern ist es nicht viel besser, und in fast allen Kreisen wird man sich über die beispielswerte Rückwirkung der auswärtigen Politik bezüglich des Wiederaufbaues der verlustreichen Gebiete, der Abtragung der Lasten, die auf den Steuerpflichtigen ruhen, und der der Erneuerung unserer wirtschaftlichen Rüstzeuge klar, die sich als unzureichend erweist, um uns die Konkurrenz mit unseren Rivalen zu gestatten, und daher zum Ruin treiben wird.“

Die bayerische Angelegenheit im Landtagsausschuss.

Der bayerische Landtag durfte auf Mittwoch, den 21. d. Mts., einberufen werden, um die Neuwahl des Ministerpräsidenten der Interalliierten vorzunehmen. In der letzten Sitzung des Landtagssausschusses verlief der Präsident Königbauer das Schreiben des Ministerpräsidenten Dr. von Kahr, worin der Rücktritt des Ministers im Kabinett mitgeteilt wird. Der Abg. Held verwarf sich gegen die Behauptung sozialistischer Blätter, er habe den Ministerpräsidenten gefürchtet und betonte, daß er in allen größeren Fragen mit Herrn von Kahr einig gewesen sei. Er widerlegte auch nochmals ausdrücklich die Behauptung, er habe Herrn von Kahr gestützt, um selbst sein Nachfolger zu werden. Nach der Revolution habe er mehrmals Gelegenheit gehabt, Minister zu werden, er habe es aber grundsätzlich jedesmal abgelehnt.

Abg. Timm (Soz.) sprach die Überzeugung aus, daß der Vorwurf, daß bei den letzten Entscheidungen aus rein sachlichen Gründen gehandelt habe und erklärt, daß er die Angriffe als bedauerlich und beschämend und als ein Zeichen des heutigen Tiefstandes unserer Politik befürchte. Der Ausschuss beschäftigte sich dann mit den Vorgängen in München, Nürnberg und Coburg.

Wie die Blätter aus München melden, hat die bayerische Volkspartei zwei Reaktionslungen abgehalten, von denen die zweite noch in den Abendstunden andauerte. Nach dem Ergebnis der Beratungen könne schon jetzt mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß die bayerische Volkspartei an d. Kahr nicht mit dem Erlichen herantrete wird, auf seinem Posten zu verbleiben. Da auch die Demokraten sich an einem neuen Kabinett Kahr nicht mehr beteiligen würden, sei also schon jetzt mit Sicherheit zu sagen, daß eine Rückkehr Kahrts nicht mehr erwartet werden könne.

München, 18. September. (Vol.-Anz.) Die Bayerische Volkspartei ist mit Herrn von Kahr bereits in Verhandlungen getreten, daß er die Ministerpräsidentschaft wieder übernehmen solle.

Die „Münchener Zeitung“ schreibt heute von einer neuen Wendung der Bayerischen Volkspartei in dem Sinne, daß diese Partei nun doch wieder zu Kahr zurückkehren wolle. Es dürfte eine besondere Schwierigkeit für die Regierungsbildung dadurch aus dem Wege geräumt sein, daß Preußen sich auf die Seite der bayerischen Änderungsfordernungen zur Reichsverordnung vom 29. August 1921 gestellt hat.

München, 18. September. (Tel.-Un.) Die „Münchener Post“ schreibt heute im Anschluß an gestern abgehaltene sozialistische Vereinsversammlungen, die Münchener Arbeiterchaft würde eine Regierung Kahr nicht mehr dulden.

München, 19. September. (PAT) Die Krise, die durch den Rücktritt des bayerischen Kabinetts entstanden ist, verschärft sich immer mehr. Es herrscht die Überzeugung vor, daß der bayerische Ministerpräsident Kahr den Auftrag erhält, ein neues Kabinett zu bilden.

Die preußische Regierung für ein Eingehen auf die Wünsche Bayerns.

Wie die „Münchener-Augsburger Abendtg.“ aus Berlin von ganz zuverlässiger Seite hört, hat die preußische Regierung durch den Ministerpräsidenten Stegerwald die von der bayerischen Regierung und vom bayerischen Landtag formulierten Forderungen auf Änderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August auf das wärme unterstützt, sodass Preußen und Bayern in der Frage der Änderung der Reichsverordnung eine Einigkeit front bilden.

Spanische Erfolge in Marokko.

Paris, 18. September. Nach einer „Habas“-Meldung aus Madrid besiegten die Spanier, wie amtlich gemeldet wird, Sufelarba ohne Verluste für sie. Die Beliebung des Ortes wurde durch die Beschließung durch Kriegsschiffe vorbereitet. Es wurde eine große Beute gemacht; auch hatten die Eingeborenen zahlreiche Tote und Verwundete. Es scheint, daß die spanischen Truppen weiter siegreich vorrückten. Sie besiegten Nador.

Der griechisch-türkische Krieg.

Türkischer Bericht.

Paris, 19. September. Der konservatistische Tagesbericht kündigt den Rückzug der Griechen auf der ganzen Front an. Die Rückwärtsbewegung erfolge in großer Unordnung, unter Zurücklassung von Verwundeten und zahlreichem Kriegsmaterial.

Griechische Auffassung.

Paris, 19. September. (PAT.) Die hiesige griechische Gesellschaft widerspricht der Nachricht, nach der militärische Kreise in Athen die Erfolge der Konservativen anerkannt hätten, und sich mit einem allgemeinen griechischen Rückzug befassten.

Athen, 19. September. (PAT.) Die Zeitung "Athenais" teilte mit, daß wegen des Stillstands der militärischen Operationen die griechische Regierung beschlossen habe, die Lösung der kleinasiatischen Frage auf diplomatischem Wege vorzunehmen. Diese Nachricht wurde amtlich noch nicht bestätigt. Andere Zeitungen halten daran fest, daß die militärische Lage vollkommen befriedigend sei.

Sowjetrußland.

Polens Hilfe.

Genf, 18. September. (PAT.) Der polnische Delegierte Ajszenasch erklärte im Völkerbund, daß Polen, das zu viel durchlitten hat, um Verachtung gegen irgend jemand zu hegen, nach friedlichen Beziehungen mit dem Nachbarn strebt. Wenn es dieses Ziel bisher noch nicht erreicht hat, so läßt es doch die Hoffnungen nicht sinken, daß es ihm in Kürze gelingen wird, es zu erreichen. Polen bemerkte, Redner, wünscht aus ganzem Herzen an dem großen Werk der Hilfeleistung für Rußland teilzunehmen. Einigen haben seit der Zeit des Rigauer Friedens viele Russen in Polen Aufnahme gefunden. Polen, das sich nicht auf Worte beschränkt, geht jetzt zur Tat über.

Schweden liefert Getreide.

Stockholm, 18. September. (PAT.) Die schwedische Regierung beschloß im Einvernehmen mit dem Komitee des Roten Kreuzes mit der Lieferung von Lebensmittel nach Rußland zu beginnen. Diese Aktion wird sich vor allen Dingen auf die Gegend von Samara erstrecken.

Der Handel steht still.

Vilna, 19. September. (PAT.) Aus Polen wird berichtet, daß dort das Handelsleben einen vollkommenen Stillstand erfahren habe. Der Handel beschränkt sich auf den Verkauf von Obst. Ein Pfund Brot kostet 4000 Somjutrubel.

Kampf gegen den Bolschewismus.

Vilna, 19. September. (PAT.) Bei Smolensk wurde ein bolschewistischer Zug in die Luft gesprengt, bei Wilnoe demontierte die Dorfsiedlung die Batterien der roten Armee. Die Stimmung der Bevölkerung ist bolschewistisch. Die Sowjetkommissare unternehmen keinen Schritt ohne militärischen Schutz.

Die Hilfe für Rußland.

London, 18. September. (PAT.) Der Rat des internationalen Hilfskomitees für Rußland hielt gestern eine Sitzung in Paris ab, in welcher der Text der Einladungen an 24 Regierungen, die sich dem Komitee anschließen und gemeinsam mit ihm über Mittel und Wege beraten wollen, wie man dem Hunger in Rußland zu Hilfe kommen soll, festgelegt wurde. Die Konferenz soll am 6. Oktober stattfinden. Allgemeine Bevölkerung wie die Harmonie, die die Sonnabend-Sitzung des Komitees auszeichnete. Die Vertreter Englands fanden vollkommenes Verständnis bei den Vertretern anderer Staaten, als sie das Weiterbestehen des Komitees verlangten. Es wurde beschlossen, das Komitee trotz des merkwürdigen Tuns der Sowjetregierung und des Standpunktes der Sowjets nicht aufzulösen. Mit dem Vorschlag Deutschland einzuladen, war sogar Frankreich einverstanden. Weiter wurde beschlossen, auch den Balkan zur Mitarbeit an der Konferenz einzuladen. Es besteht die Überzeugung, daß die Grenzstaaten und die standnahmischen Reiche zugleich mit anderen Staaten der alten und neuen Welt unverzüglich die Einladung für Brüssel annehmen werden. Zu hoffen ist auch, daß durch die Einberufung der Konferenz nach Brüssel und nicht nach Paris der Verdacht der Sowjetregierung gegenüber Frankreich entkräftigt wird. Im allgemeinen besteht die Hoffnung, daß die Konferenz gute Ergebnisse haben wird, und daß die Sowjetbehörden der Mitarbeit der ganzen Welt keine Schwierigkeiten entgegenstellen werden.

Arbeiterbewegung.

Der Generalstreik in Nordfrankreich.

Roubaix, 18. September. Die Fabriken und die städtischen Gas- und Wasserwerke werden vom Militär bewacht, das hier angesammelt ist. Das Militär hat sein Hauptquartier in der Bürgermeisterei von Roubaix eingerichtet. Die Truppe untersteht dem General Dauve. Die Väter, welche die Erlaubnis erhalten, zu arbeiten, geben 25 Prozent ihrer Löhne an die Streitkasse

ab. Gestern vormittag fand eine Versammlung der Streikenden gegenüber der Arbeitersöre statt.

Die Arbeitslosenbewegung in England.

London, 18. September. Die Zahl der arbeitslosen Frauen in England beträgt 700 000.

London, 18. September. Lloyd George hat 15 Bürgermeistern, welche ihn in Inverness aufsuchen wollten, um mit ihm die Arbeitslosenfrage zu besprechen, geantwortet, daß dies zwecklos sei; die Bürgermeister sollten sich an die Regierungskommission für Arbeitslosigkeit wenden und dort mit dieser beraten. Die Bürgermeister haben aber trotzdem beschlossen, am Montag nach Inverness zu fahren und Lloyd George wegen der Arbeitslosenfrage aufzusuchen.

Die Danziger Eisenbahnen.

Danzig, 16. September. (PAT.) Wie bekannt, legte der Danziger Senat am 26. August d. J. beim Präsidenten des Völkerbundsrates gegen die Entscheidung des Oberkommissars des Völkerbundes in der Danziger Eisenbahnangelegenheit Verufung ein. Die Freie Stadt, so bemerkte die Verufung, ist mit der Entscheidung des Oberkommissars, die den Spruch des Hafenratspräsidenten bestätigt, einverstanden; dagegen kann sie sich mit der Entscheidung des Oberkommissars nicht einverstanden erklären, die den Rest der Danziger Bahnen zwischen Polen und der freien Stadt verteilt. Danzig steht auf dem Standpunkt, daß verschiedene normalspurige Bahnen ausschließlich dem Vorortverkehr dienen und der Bevölkerung, die Danzig mit Lebensmitteln versorgt, den Verkehr mit Danzig möglich machen. Diese Bahnen dienen also hauptsächlich der freien Stadt und deshalb fordert die Regierung der freien Stadt ihre Beteiligung an Danzig. Bezüglich der Hafenangelegenheiten erinnert der Senat an die Erklärungen des Hafenrates, die bestimmen, daß zwischen dem Hafenrat und der polnischen Regierung ein Vertrag über die teilweise oder ganze Übertragung der Verwaltung dieser Bahnen an Polen geschlossen werden soll. Die Entscheidung des Oberkommissars weist Polen die Verwaltung dieser Bahnen zu und nimmt dem Hafenrat die Möglichkeit, Polen auf dem Vergleichsweg eine Abgabe aus dieser Verwaltung zu bestimmen. Der Senat fordert also die Durchführung des Spruchs des Hafenratspräsidenten in bezug auf den genannten Vertrag zwischen dem Hafenrat und der polnischen Regierung. Danzig erklärt sich mit der Absicht des Oberkommissars, ein einheitliches Eisenbahnverwaltungssystem einzuführen, einverstanden. Nach Ansicht der freien Stadt sollte dies so durchgeführt werden, daß die Polen zuerkannten Bahnen der polnischen Eisenbahnverwaltung unterstellt würden, die Bahnen jedoch, die dem Hafenrat und Danzig zugeordnet würden, der Verwaltung des Hafenrates unterstehen. Die Entscheidung des Oberkommissars, die feststellt, daß der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig ein Vertreter des Hafenrats zugeteilt werden soll, um der polnischen Eisenbahndirektion die Wünsche des Hafenrates zu unterbreiten, wird eine offizielle Verufung an den Oberkommissar bewirken und sowohl auf den Betrieb der Eisenbahnen einwirken. Auf Grund des Vertrages soll der Hafenrat die Beamten, Funktionäre und Arbeiter behalten, die gegenwärtig im Hafenamt und bei den Eisenbahnen tätig sind. Die Entscheidung des Oberkommissars macht eine praktische Durchführung dieser Entscheidung unmöglich, da nur wenige Danziger Bürger sich entschließen werden, in den Dienst eines anderen Staates überzugehen. Dagegen wäre der größte Teil dieser Bürger bereit, Dienst beim Hafenrat anzunehmen. Was die Eisenbahnverwaltungen anbetrifft, so sind diese industrielle Anlagen, die in keiner unmittelbaren Verbindung mit dem Eisenbahnverkehr stehen. Danzig bittet daher, sie der Stadt zu belassen; dafür verpflichtet sich Danzig, die Polen oder dem Hafenrat gehörenden Transportmittel auszubessern. In der Erwartung, daß alle Vorstadtbahnen Danzig zugewiesen werden, fordert die freie Stadt bezüglich des Hauptbahnhofs, der dem Hafenrat zugeteilt wurde, daß der Hafenrat alle Einrichtungen, die auf diesem Bahnhof vorhanden und für den Vorortverkehr notwendig sind, Danzig zur Verfügung stellt. Die freie Stadt protestiert gegen die Zuteilung des Eisenbahndirektionsgebäudes an Polen. Die freie Stadt ist nur verpflichtet, für die Linie, die in die Hände der polnischen Verwaltung übergeht, ein entsprechendes Dienstgebäude von kleinem Umfang zu stellen. Das Gebäude der Eisenbahndirektion muß dem Hafenrat zugeteilt werden. Auf die Festsetzung der Tarife muß gleichfalls der Hafenrat, wie auch die Regierung der freien Stadt Einfluß haben. Die Mitwirkung Danzigs in dieser Richtung ist unabsehbar. Endlich fordert die freie Stadt, daß der Danziger Eisenbahndienst, der der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig zugeteilt werde, nicht nur das Recht haben solle, die Wünsche der freien Stadt vorzubringen, sondern auch ein Veto in gewissen Angelegenheiten, die noch näher zu bestimmen sind, einzulegen. Am Schlusse bemerkte die Verufung, daß die Aufrechterhaltung der Entscheidung des Oberkommissars ungünstig auf die Beziehungen zu dem polnischen Teil der Bevölkerung der freien Stadt einwirken kann.

Politische Tagesneuigkeiten.

Italienischer Nachrichtendienst. Der Handels- und Industrieminister Velotti hat eine Kommission von Fachleuten mit dem Studium der Frage der raschesten Organisierung eines staatlichen

Durch das Dünengras strich der Abendwind und das Meer sang seine süßen, urtulnen Brautlieder. An der Steinbank stand Lies und lehnte sich an die alte Buche. Und dachte daran, was Knut Rainer gesagt, als sie zuletzt hier beide gestanden.

Er hatte aber so gesagt:

Der Beruf des Weibes ist seit der Erschaffung der Welt der Beruf einer Priesterin, nämlich einer Priesterin der Liebe. Der sie alles opfert als ihrer höchsten Gottheit. Bei allen Völkern war das Weib die vermittelnde, segenspendende Priesterin, die die sündige Menschheit wieder mit der Gottheit versöhnte. Daher auch heute noch die tiefe, wundersame Symbolik im Marienkult. In der Liebe zum Mann aber zeigte das Weib seine höchste, siegende Kraft, seine weltenbezwiegende Macht. Wohl noch größer als in der Mutterliebe. Das ist die Liebe, die nimmer aufhört, so lange die Erde steht. Und hierin liegt die Erlösung für uns Männer. Nietzsche sagt einmal: "Das vollkommene Weib ist ein höherer Typus des Menschen als der vollkommene Mann: auch etwas viel Sel teneres," — Sie hatte ihn damals erstaunt angesehen.

Aber woher weißt Du das alles so von der Frau, Knut? Du kennst mich ja eigentlich so wenig. Und Priesterinnen sind wir leider noch lange nicht."

Da hatte er sie an sein Herz genommen und ihr tief in die Augen gesehen.

"Meinst Du denn, kleine Lies, wir Männer machen uns nicht ebensoviel Gedanken über euch, wie ihr über uns? Das liegt tief in unserer Natur begründet, sobald unser Ich zum Bewußtsein erwacht ist. Nur wie wir über die Frauen denken, hängt von diesen selbst ab, von denen, mit denen wir am meisten in Berührung gekommen sind, die den größten Einfluss in unserer Jugend auf uns gehabt haben, — also meist unsere Mütter. Du kennst ja das Wort: "Jeder Mann trägt ein Bild des Weibes von der Mutter her in

Nachrichtendienstes für das Ausland beauftragt. Dieser Nachrichtendienst soll die angeblich tendenziösen Informationen der Auslands-Presse über die Verhältnisse in Italien bekämpfen. Ihm soll die weitestgehende Förderung zuteil werden, sodass das offizielle Nachrichtenmaterial den privaten Nachrichtendienst überflügelt. Der künftige Dienst wird dem Ausland das Material über die tatsächliche politische und wirtschaftliche Lage Italiens übermitteln.

Ein russisch-rumänischer Krieg? Die bulgarische Zeitung "Warnenskaja Potscha" meldet, daß Bessarabien ein riesiges rumänisches Militärlager darstelle, wohin dauernd Ersatztruppen aller Waffengattungen geschickt würden. Der Ausbruch des russisch-rumänischen Krieges sei im September zu erwarten.

Deutsches Reich.

** Deutscher Evangelischer Kirchentag. Am 11. September begann in Stuttgart eine Tagung, die für das geistige und religiöse Leben Deutschlands weittragende Bedeutung haben wird. Wie vor zwei Jahren in Dresden, so haben sich nun in Stuttgart die Vertreter aller evangelischen Landeskirchen Deutschlands, der Kirchenleitung, der Synoden, der evangelischen Vereine, der theologischen Fakultäten, der Religionslehrer, etwa 340 Männer und Frauen, dazu etwa 20 Gäste als Vertreter der evangelischen Christenheit des Auslands (Skandinavien, Lettland, Österreich, Tschechoslowakei, Siebenbürgen) zu wichtigen Beratungen zusammengefunden. Verschiedene Besprechungen in kleineren Kreisen, eine Konferenz mit einem Vortrag von D. Weber-Dorn über "Gegenwartsaufgaben auf dem Gebiet der Volksfürsorge", eine Zusammenkunft der Mitglieder des Ev.-Lsg. Kongresses gingen der Eröffnung der eigentlichen Tagung voran. Am Sonntag vormittag predigten hervorragende auswärtige Kanzlerredner in verschiedenen Kirchen der Stadt vor zahlreichen versammelten Gemeinden. Am Sonntag abend wurde der Kirchentag selber eröffnet mit einem feierlichen Gottesdienst in der ältesten, an geschichtlichen Erinnerungen reichen Pfarrkirche Stuttgarts, in der Stiftskirche. Am Montag begann im neuen großen Vereinshause des Christlichen Vereins junger Mädchen die erste Verhandlung über den Hauptgegenstand der Tagung, über den deutschen Kirchenbau. Aus der Mitgliederliste seien nur wenige der vielen bekannten Persönlichkeiten genannt: Universitätsprofessor D. Baumgarten-Kiel, einer der Führer des modernen Protestantismus, Pastor D. Busch-Frankfurt a. M., Vertreter des Deutschen Verbandes für die ev. Gemeindepflege, D. Eberling, Vorsitzender des Ev. Bundes, Pastor Gauger-Ebersfeld, der Herausgeber von "Licht und Leben", der Historiker Prof. Dr. Götz-Leipzig, D. Henning, Bischof der Brüdergemeinde, Paula Müller-Ottrup, M. d. R., Vorsitzende des Deutschen Ev. Frauenbundes, D. Philipp, Direktor der Berliner Stadtmission, Herausgeber der "Reformation", D. Nade, Herausgeber der "Christlichen Welt", die Dichterin Auguste Syver, Erzbischof D. Söderblom-Uppsala.

** Zeitungsverbote. Seit Erlass der Verordnung des Reichspräsidenten vom 2. d. Mts. sind bisher 28 Zeitungen verboten worden. Von diesen haben nur 18 Beschwerde erhoben. 9 Beschwerdefsteller erreichten die Aufhebung des Verbotes, während 9 Beschwerden hinfällig waren. Außer den Zeitungen verfielen noch 2 Flugblätter und 1 Wochenschrift dem Verbot. Den 28 erlaßene Zeitungsverboten stehen insgesamt 20 aufgehobene Verbote gegenüber. In demselben Zeitraum wurden 27 Versammlungen verboten, und zwar 25 von den Polizeibehörden und 2 vom Reichsminister des Innern. Hier wurden nur 5 Beschwerden erhoben, was die zuständigen Stellen zu der Auffassung veranlaßte, daß die Verbote im allgemeinen sehr vorsichtig und zum größten Teil zu Recht ergangen sind.

Der Reichsminister des Innern hat die in Berlin erscheinende Wochenschrift "Die Tradition" für die Zeit vom 16. bis einschließlich 29. September 1921 verboten. Die "Rote Fahne" ist auch unter ihrem dritten Titel "Mittelungsbatt der kommunistischen Partei" beschlagbucht worden.

** Vela Khun beim Aufstand in Mitteldeutschland? Der Untersuchungsausschuss des preußischen Landtags vernahm den Staatskommissar für öffentliche Sicherheit Dr. Weizmann. Der Zeuge war ein Gegner der Polizeiaktion, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorruften muhte. Als der Aufstand tatsächlich ausbrach, war der mitteldeutsche Aufstand keine Repressalie gegen die Polizeiaktion mehr, sondern ein richtiger kommunistischer Aufschwung. Der Zeuge ist bereit, unter Eid zu behaupten, daß Vela Khun zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland gewesen ist. Er sei der berühmte "Turkstaner". Russland unterstützte den Aufstand.

Freistaat Danzig.

† Danzig vor dem Völkerbundsrat. Graf Ischi berichtete gestern im Völkerbundsrat über Danzig. Die Frage der Staatszugehörigkeit wurde bis zur nächsten Sitzung spätestens im Dezember verlegt. In der zweiten Frage der Danziger Bauernbank hat der Rat beschlossen, zunächst den Vertreter der polnischen Republik in Danzig und den Präsidenten des Freistaates aufzufordern, diese Fragen in direkten Verhandlungen zu regeln. Zur Frage der Verteidigung der Stadt Danzig wurde der Bericht des Oberkommissars Hading für vertraulich erklärt, und den Mitgliedern des Rates nur schriftlich vorgelegt. Der Bericht geht an die zuständigen Militär- und Marineministerien. Die vierte Frage: Errichtung eines

sich: davon wird er bestimmt, die Weiber überhaupt zu verehren oder sie gering zu schätzen oder gegen sie im allgemeinen gleichgültig zu sein."

Da hatte Lies ihm groß und ernst in die Augen gesehen.

"Du mußt eine sehr gute und edle Mutter gehabt haben, Knut."

Da hatte er sie geflüstert.

"Das hatte ich auch, Lies. Und ihr beide hättet euch gut verstanden. Sie war eine echte Priesterin der Liebe."

Wie kam das, daß Lies heute an all dies denken mußte? Sie sah auf das weite, graue wogende Meer und preßte die Hände auf die Brust.

Und ihre Lippen flüsterten: "Läßt mich ihm alles sein, mein Gott. Und läßt mich groß und stark und mutig werden, daß ich vor nichts zurückehe, was ihm heilsam ist. Läßt sein Glück immerdar über dem meinen stehen. Daß sein Frieden mir heiliger ist als der meine, seine Ruhe mir höher als die meine. Läßt mich nie vergessen, mein Gott, daß Weib sein heißt: Priesterin sein. Und daß einer Priesterin erste und heiligste Aufgabe ist, Opfer zu bringen."

Über dem Meer ging die Sonne unter.

Noch immer hatte Lies die Hände gefaltet, ihre Lippen bewegten sich im Gebet.

Dann hob sie das Haupt. Und ein wundersamer, seliger Mut stand in ihren Augen.

Dann wandte sie sich langsam und ging heim.

Denn es zog sie zur Großmutter. —

Großmutter war sehr ernst heute und schweigend.

Still setzte Lies sich auf den Schemel zu ihren Füßen und fasste die Hände um die Knie.

"Großmutter, erzählst Du mir heute Deine Geschichte?"

Großmutter nickte und legte die leuchtend bunte Stirnmarke aus den fleißigen Händen.

(Fortsetzung folgt.)

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Pozen. 19. September.

Kirchliche Woche.

Die diesjährige Kirchliche Woche, in der die großen kirchlichen Vereine und Verbände des gesamten preußischen Abtretungsgebietes sich mit ihren Mitgliedern, sowie den Geistlichen, den Mitgliedern der Gemeindeverwaltungen und sonstigen Gemeindeliedern zu gemeinsamen Versammlungen zusammenfinden, ist für die Zeit vom 16.—21. Oktober in Graudenz in Aussicht genommen. Die Tagung in Graudenz erleichtert den Besuchern aus Pommern die Teilnahme, soll aber auch für die Posener Gemeinden eine wertvolle Gelegenheit sein, die pommerschen Verhältnisse kennen zu lernen. Anmeldungen mit der Bitte um Gastquartiere sind rechtzeitig an den Pfarrer Jakob in Graudenz zu richten. Alle sonstige Auskunft ertheilt der Provinzialverein für Innere Mission, Bozenan, Aleje Marcinkowskiego 26 II (früher Wilhelmstraße).

Kursus für deutsche Hilfslehrerinnen.

Täglich wird der Mangel an Lehrern und Lehrerinnen größer. Tausende deutscher Kinder sind ohne Unterricht. Tausende entbehren des Lehrers seit länger als Jahresfrist. Das ist die größte Gefahr für das Volkssum. Wohl ist die polnische Regierung bemüht, mit allen Mitteln Abhilfe zu schaffen. Deutsche junge Mädchen helfen auch hier! Die Not ist groß! Seit einem Jahr werden in der Seminarabteilung des Wegenerischen Lyzeums zu Pozen junge Damen zu Hilfslehrerinnen ausgebildet. Bei der letzten Prüfung vor der staatlichen Kommission im Juni bestanden sämtliche Teilnehmerinnen. Sie stehen schon alle in Amt und Brot. Der von der Regierung genehmigte neue Kursus wurde soeben eröffnet. Freudig sind zahlreiche junge Mädchen aus allen Teilen Großpolens herbeigeeilt, um sich dem Lehrerinnenberufe zu widmen. Besonders begrüßen wir die Seminaristinnen aus Pommern. Aber die Zahl der Kursistinnen reicht bei weitem nicht aus. Der Bedarf an Lehrerinnen ist viel zu groß. Deshalb bittet der Deutsche Bezirks-

Schulverein zu Pozen dringlichst: Deutsche junge Mädchen kommtst du in den Dienst der deutschen Jugend! Bis zum Ende des Monats September können noch Aufnahmen erfolgen. Auskunft erteilt das Wegenerische Lyzeum, Poznań, Wallstraße 1/2 (früher Karmeliterwall). Mitzubringen sind: 1. Das letzte Schulzeugnis, 2. Zeugnisse über etwaige Weiterbildung 3. Ein Gesundheitsattest, am besten von einem Kreisarzt. 4. Der polizeiliche Abmeldechein.

Die Krankenkassenwahlen vom Sonntag.

Die Krankenkassenwahlen der Arbeitnehmer ergingen gestern unter einem so ungewöhnlich lebhaften Ansturm der Wahlberechtigten vorstatten, daß die vier Wahllokale ihm keineswegs gerecht werden konnten, um so weniger, da diese selbst noch obenrein sehr heimgestanden waren. Nach oberflächlicher Schätzung ist anzunehmen, daß sich gestern rd. 80.000 Wähler an der Wahl beteiligt haben, so daß auf jedes Wahllokal im Durchschnitt 20.000 Wähler entfallen würden. Es wäre dringend erwünscht, wenn man aus den getragenen Erfahrungen die Lehre ziehen wollte, das nächste Mal die Zahl der Wahllokale mindestens zu verdreifachen und solche auch in jedem der ehemaligen Vororte einzurichten. Für die geistige Wahl, bei der es sich um die Wahl von 80 Vorstandsmitgliedern aus den Kreisen der Arbeitnehmer handelt, waren fünf Wahlstufen, und zwar vier polnische, darunter eine kommunistische, und eine gemeinsame deutsche aufgestellt worden. Das Wahlergebnis steht zurzeit noch nicht fest.

Die für nächsten Sonntag angesetzten Krankenkassenwahlen der Arbeitgeber fallen infolge eines zwischen Polen und Deutschen geschlossenen Kompromisses, nach dem von den 10 Sitzen 8 den Polen und 2 den Deutschen zugesprochen wurden, aus.

Milionówka. In der Sonnabend-Ziehung der Milionówka gewann die Nummer 2 239 638, die nach Pozen verkauft war.

X Einen zum zweiten Male in voller Blüte stehenden Kastanienbaum kann man jetzt zwischen dem Hotel Bahnhof und dem Gaume des Oberschlesischen Turmes beobachten. Der Baum ist

über und über mit zahlreichen rosa schimmernden Blüten bedeckt, ein um die Zeit des nahenden Herbstes gewiß seltener Anblick!

X Usw. In Samter zählte man in der vergangenen Woche für das Liter Milch 40 M., in der Stadt Pozen ist man gestern von 64 M. auf 70 M. übergegangen. Daß der Freihandel nach diesen und ähnlichen Proben eine "segensreiche" Einrichtung ist, wird wohl kaum noch jemand zu bezweifeln wagen.

X Diebstähle. In der Nacht zum Freitag sind aus einem Stalle in der ul. Kopczyńskiego 29 ein schwarzes Pferdegeschirr und eine Kandare im Werthe von 25 000 M. gestohlen worden. — Im Alten Rathause wurde einem Herrn, als er die Leiche des Oberbürgermeisters bestichtigte, eine silberne Uhr mit Goldrand und der Aufschrift "Omega", sowie eine Doublette gestohlen. — Einem Herrn wurde am Freitag abends 10½ Uhr vor dem Hause Nowy Rynek 14/15 (früher Neuer Markt), als er sich dort niedergelegt hatte und eingeschlafen war, — das läßt tief blicken! — eine goldene Uhr.

X Als vermutlich gestohlen beschlagnahmt wurde ein Kraftwagenmagnet. Er kann im Zimmer 2 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

* Lissa, 15. September. Der Grenzschmuggel steht trotz der angedrohten hohen Strafe in hoher Blüte. Vorige Woche soll wieder versucht worden sein, einen Transport Pferde nach Deutschland zu schaffen. Glücklicherweise gelang es der Grenzpolizei, das Vorhaben zu vereiteln. Es gewinnt den Anschein, als ob die beim Pferdeverschieben beteiligten Hintermänner ihr hier in Polen besonders leicht verdientes polnisches Geld in Pferden usw. anlegen und den beim Verkauf in Deutschland erzielten Erlös zur Stärkung ihres deutschen Bankkontos benutzen.

Hauptverleitung: Dr. Wilhelm Boenewitz, Berantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Boenewitz; für Total- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeier, für den Anzeigen Teil: M. Grunmann, Druck und Verlag der Botener Buchdruckerei, und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznan.



Spielplan des „TEATR WIELKI“ m. Poznania

| | | |
|-----------|-----------------------|-------------------------------------|
| Dienstag, | den 20. 9. um 7½ Uhr: | „Cavalleria russicana“ und Ballett. |
| mittwoch, | den 21. 9. um 7½ Uhr: | „Onegin“, Oper von P. Czajkowski. |

Posener Sprachführer.

Ein polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Wegweiser in handlichem Taschenformat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie gegen Einladung von 25 Mark als Einschreibsendung direkt vom Verlage:

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Poznan, Zwierzyniecka 6.

Dieser Sprachführer will ein Helfer und Führer sein in der Hand derjenigen, die der polnischen Sprache noch nicht mächtig, sich im neuen Leben nicht zurechtführen können und häufig hilflos stehen vor den ihnen vordäufig unverständlichen Aufschriften auf der Straße, in öffentlichen Gebäuden, in den Wagen der Straßenbahn, in Geschäften und Gastwirtschaften. Er will dadurch mit dazu beitragen, daß den hier bleibenden Bürgern der deutschen Minderheit das Sichterleben in die neuen Verhältnisse erleichtert wird und daß auch vorübergehend in Polen weilende Deutsche wenigstens von einem Teil der Schwierigkeiten befreit werden, mit denen der Aufenthalt hier und die Erledigung ihrer Geschäfte in Polen für sie verbunden ist.



Suche sofort od. 1. 10. ein deutsch-ev. 14—15 jähr. Mädchen als Stühle der Hausten. Dienstmädchen vorhand. Frau Schmidt, Tarnowo, pow. Poznan zah.



Ein oder zwei Gesellen f. Holzarbeit werden von sofort gesucht. Dauernde Stellung. Fr. Malecki, Gniezno, ulica Warszawska, Pantoffelfabrik.



Jung. Mädchen, gebildet, beide Prüfungen bestanden, leb. sucht Stelle an Prival, Handels- ob. landwirtschaftl. Schule. bzw. auch als Hauslehrer. Gefällige Angebote unter E. H. 2970 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Zum 1. Oktober oder später sucht erfahrene.

Verheir. Inspektor

Herrshaf. Brzybyszewo (Priebisch), powiat Leszno.

Die Brennerei-Gesellschaft Smieszkow b. Czarnków sucht zum 1. Oktober 1921 einen tüchtigen evangelischen

Brennerei-Berwalter.

Polnische Sprache unbedingt nötig. Der Vorstand.

Für sofort unverheirateten.

tüchtigen Beamten,

Dom. Bucz bei Smigiel.

Perfekter

Buchhalterin)

findet von sofort oder später dauernde Stellung. Poln. Sprache erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Schriftl. Meld. mit Angabe bisheriger Tätigkeit u. Gehaltsanspr. an

Dirschauer Brauerei, Tczew.

Tz. erbeten.

Gebildetes, nettes, häuslich

und wirtschaftlich tüchtiges Fräulein. Anfang 30er mußlich u. etwas vermögend, sucht auf diesem Wege sich zu verheiraten. Einiges

meinte Anträge bitte mit näheren Angaben u. E. 2.

2980 an die Geschäftsst. d. Blattes zu richten. Ver-

schwiegenheit Ehrens. Bill. erwünscht.



Suche

möbliertes oder leeres Zimmer

Bedingung: Aparter Eingang. Offert. unter „Dobra zapłata“ an Reklama Polska, Aleje Marcinkowskiego 6.

Zu kaufen gesucht:

Buchdruckmaschine, 70×100 cm,
Schneidemaschine, Schnittlänge 70—77 cm,
Liniermaschine,
Drahtheftmaschine mit 2 Köpfen,
Buchdrachtheftmaschine mit 6 Köpfen,
Stockpreise.
Alles neuester Konstruktion. — Angebote an U. J. Ostrowski, Łódź, Postfach 159, erbeten. [294]

Offeriere kompletté Dominium-Geschirre,
leichte und schwere, in bekannter Ausführung.
Neuanfertigung sowie sämtliche Reparaturen von
Arbeits- und Augus-Geschirren, Treibriemen und
anderen Ledersachen werden entgegengenommen.
1799) M. Razer Ww., ul. Szewska 11.

**Kosze do Reise-
podróży Rörbe**
kupuję każdą ilość zu po najwyższych cenach targowych. Szczegółowe oferty z podaniem ilości należy adresować: lauft jeden Posten zu hohen Tagespreisen. Aussführliche Offerte mit Angabe des Quantums zu richten an: MB 3901

Julius Scholz,
Dresden-A., Villnizer Str. 26.

**Zu ver-
kaufen: 3,2 deutsch-
kurzhaar.
Welpen,**

10 Wochen. Eltern jagdlich hervorragend.
Obrzyska Stare p. Kościan.

SofortGeld!

Zahl die bekannten höchsten Preise f. getragene Garderobe, Wasche, Schuhe usw.

W. Schmidt,
ulica Zamkowa 4,
am Stary Rynek.

Eisengitter für Laden u. Eisenhank geucht. Chwilowska, sw. Marcin 40. 2996

Ich habe preiswert abzugeben:
1 kompletten Damppflug

Fowler Compound - System.

Dazu:

1 Flaschpflug,

1 Wasserwagen,

1 Wohnwagen,

1 Pumpe.

Der Apparat ist gründlich

durchrepariert und kann sofort

geliefert werden. Besichtigung bei mir.

Paul Seler,
Maschinenfabrik

Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Steinkohlenteer zum Dachanstrich.

Kleberasse offeriert Gustaw Ackermann

Toruń III, Mickiewicza 5.

Tel. 9.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).

Bl. erbeten.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).

Bl. erbeten.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).

Bl. erbeten.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).

Bl. erbeten.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).

Bl. erbeten.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).

Bl. erbeten.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).

Bl. erbeten.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).

Bl. erbeten.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).

Bl. erbeten.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).

Bl. erbeten.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).

Bl. erbeten.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).

Bl. erbeten.

Gebrauchte dunkelgraue

Büroschreiber 3002 in verkaufen. Gronow, Izbasy (Westfalen).